



Antrag

auf Gewährung einer Zuwendung entsprechend der Richtlinie zum Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"(LSZ)/Landesprogramm Familie eins99 (RL ab 01.01.2019)

LANDRATSAMT NORDHAUSEN
Geschäftsbereich 1
Sozialplanung/Controlling
Behringstraße 3
99734 Nordhausen

Eingangsstempel	
<input type="checkbox"/>	Erstantrag
<input type="checkbox"/>	Anderungsantrag
Datum	
Aktenzeichen	

I. Antragsteller (Träger/Kommune)	
Name:	
Anschrift:	
	Straße, Hausnummer
	PLZ
	Ort
Vertretungsberechtigte:	
Ansprechpartner/in:	
	Funktion
	Telefon/Fax
E-Mail:	
Internet:	
II. Projektbezeichnung und Durchführungszeitraum	
Projektbezeichnung:	
Beginn des Projektes:	
Ende des Projektes:	
Der Antrag auf Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns wird hiermit gestellt:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
III. Beantragte Zuwendungen beim Landkreis Nordhausen in €	
Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"	
Sonderprogramm "ThEKiZ"	
IV. Bankverbindung	
Kontoinhaber:	
Bank, Ort:	
IBAN	
BIC	

V. Angaben zum Projekt	
Art der Förderung:	<input type="checkbox"/> Bestandsschutz
	<input type="checkbox"/> neue Maßnahme
Gegenstand der Förderung	<input type="checkbox"/> Handlungsfeld 1 - Steuerung, Vernetzung, Nachhaltigkeit, Planung
	<input type="checkbox"/> Handlungsfeld 2 - Vereinbarkeit Familie und beruf sowie Mobilität
	<input type="checkbox"/> Handlungsfeld 3 - Bildung im familiären Umfeld
	<input type="checkbox"/> Handlungsfeld 4 - Beratung, Unterstützung, Information
	<input type="checkbox"/> Handlungsfeld 5 - Wohnfeld und Lebensqualität
	<input type="checkbox"/> Handlungsfeld 6- Dialog der Generationen
Kurz-Projektbeschreibung, Begründung VZM, weitere Hinweise, Informationen zu Änderungsanträgen:	

VI. Anlagen zum Antrag				
Folgende Anlagen sind Bestandteil des Antrages und mit dem Antrag einzureichen:		Durch den Antragsteller auszufüllen!		
Nr.	Bezeichnung	liegt dem Antrag bei	wird nachgereicht	ist nicht zutreffend
1	Projektbeschreibung/Konzept			
2	Ausgaben- und Finanzierungsplan			
3	Anlage Personal - Qualifikation und TVL-Vergleich			
	ANZAHL Anlage Personal			
4	Qualifikationsnachweise der Mitarbeiter/innen			
5	Tätigkeitsbeschreibungen der Mitarbeiter/innen			
6	Bescheinigung in Steuersachen (für Erstantragstellung nicht älter als 1 Monat)			
7	Nachweis der öffentlichen Förderung/anderer Finanzierungsquellen			
8	sonstige Unterlagen			
	Allgemeine Nebenbestimmungen zur Projektförderung ((ANBest-P) bzw. Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) in der jeweils gültigen Fassung	verbleibt beim Antragsteller		

VIII. Erklärungen des Antragstellers

Der Antragsteller erklärt,

1. Die im Antrag gemachten Angaben sind vollständig und richtig sind.

2. Die Gesamtfinanzierung ist bei Gewährung der beantragten Förderung gesichert.

Der Ausgaben- und Finanzierungsplan wurde nach den Grundsätzen einer sparsamen und

3. wirtschaftlichen Haushaltsführung aufgestellt und die darin ausgewiesenen Beträge nach den ANBest-Gk / ANBest-P sind bindend. Weitere Deckungsmittel sind nicht vorhanden.

4. Es werden keine Ausgaben geltend gemacht, die bereits vor Beginn entstanden sind oder erst nach Abschluss des Vorhabens entstehen würden.

5. Der Antragsteller ist zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 UStG

berechtigt ist

nicht berechtigt ist

und dies im Ausgabenplan berücksichtigt hat.

Der Inhalt der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-

6. Gk bzw. ANBest-P) wurde zur Kenntnis genommen und die zutreffende ANBest wird als rechtsverbindlich anerkannt.

Die Zuwendung wird ausschließlich zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet. Die

7. Zuwendung kann nicht mit dem Auftrag der Projektumsetzung oder Zielerreichung an andere übertragen bzw. weitergeleitet werden, sofern dies nicht bereits im Projektantrag so vorgesehen war.

Es ist bekannt, dass die Regelung des § 19 Absatz 2 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung

8. (ThürGemHV) für die Richtlinie LSZ nicht anwendbar ist (keine Übertragbarkeit der Mittel in Folgejahre).

Es ist bekannt, dass die Förderung individueller Leistungsansprüche von Bürgern und die Förderung von Maßnahmen und Angeboten, die nach anderen rechtlichen Regelungen und Förderprogrammen förderfähig sind (Ziffer 2.5 der Richtlinie) im Rahmen der Richtlinie des LSZ nicht förderfähig sind.

10. Das Fachkräftegebot, sofern es bei den einzelnen Fördergegenständen besteht, wird eingehalten bzw. es muss eine Ausnahme beim zuständigen Ministerium eingeholt werden (Ziffer 4.4 der Richtlinie). Die Einhaltung der jeweiligen Standards gemäß Ziffer 4.4.3 der Richtlinie werden eingehalten.

Im Falle von Bestandsmaßnahmen: im Zeitraum von mindestens zwei Jahren nach Inkrafttreten der

11. Richtlinie LSZ die Einrichtungen nach Ziffer 2.1 mindestens in bisherigem Umfang weiter gefördert werden und der bisherige Personalbestand in diesem Zeitraum ungemindert erhalten wird (Ziffer 4.4.1 der Richtlinie).

12. Es ist bekannt, dass für den Einsatz von Honorarkräften und hinsichtlich Reisekosten sind die Vorgaben der Richtlinie gemäß 4.4.5 und 4.4.6 verbindlich sind.

13. Der Antragsteller versichert, dass das Besserstellungsverbot eingehalten wird.

Auskunfts- und Prüfrechte zur Maßnahmeumsetzung werden gegenüber der Bewilligungsbehörde für die Mittel des Landesprogramms, den Landkreis Nordhausen als Erstempfänger und den

14. Landesrechnungshof bzw. von ihnen benannte Vertreter zu jeder Zeit eingeräumt die die erforderliche Mitwirkung wird zugesichert. Erforderliche Projektunterlagen einschließlich Buchungsunterlagen werden bei Bedarf zur Einsichtnahme an die Prüfstellen ausgehändigt.

Der Antragsteller verpflichtet sich, die Mitarbeiter/innen und Teilnehmer/innen der Maßnahme über die Erhebung von personenbezogenen Daten zu informieren und die Datenschutzerklärung

15. Förderverfahren den betroffenen Personen (z. Bsp. Mitarbeiter/innen, Projektteilnehmer/innen) zur Kenntnis zu geben und die Kenntnisnahme durch Unterschrift des Formulars Kenntnisnahme Datenschutzerklärung Förderverfahren bestätigen zu lassen. Das unterschriebene Formular verbleibt beim Antragsteller und ist auf Verlangen vorzuzeigen.

16. Der Antragsteller gibt die Gewähr für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung.

17. Der Antragsteller versichert, dass das Schuldnerverzeichnis (§ 882b ZPO) keine Eintragungen über den Antragsteller enthält.
18. Der Antragsteller versichert, dass das kein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Antragstellers anhängig ist bzw. auch nicht innerhalb der letzten 3 Jahre vor Antragstellung anhängig war.
Es ist bekannt, dass gemäß Ziffer 5.2 der Richtlinie keine Ausgaben für Investitionen
19. zuwendungsfähig sind. Hierbei ist jeweils die Inventarisierungsgrenze bzw. Veranschlagung im vermögenshaushalt ausschlaggebend (Kommunen: 2000,00 €; Träger: 800,00 € gemäß AO).
20. Die Hinweise gemäß § 264 StGB wurden gelesen.

Die im Zusammenhang mit der Antragstellung und Verwendungsnachweis-Prüfung erhobenen personenbezogenen Daten werden im Abrechnungsverfahren gegenüber der Bewilligungsbehörde verarbeitet. Informationen zum Umgang mit Ihren Daten finden Sie im Merkblatt zur Datenschutzverordnung.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift/Namen in Druckbuchstaben

3	Sach- und Verwaltungsausgaben	Kostenarten	Betrag
	Summe Sach- und Verwaltungsausgaben		0,00
	Gesamtausgaben		0,00

Finanzierung		Betrag
private Mittel	Eigenmittel des Antragstellers	
	Einnahmen von Dritten	
	Spenden und Sonstiges	
	Summe private Mittel	0,00
öffentliche Mittel	Bundesmittel	
	Sonstige Mittel des Freistaates Thüringen	
	Kommunale Mittel der Gemeinde	
	sonstige öffentliche Mittel	
	Summe öffentliche Mittel	0,00
beantragte Mittel	beim Landkreis beantragte Mittel	

Gesamtsumme der Finanzierung	0,00
-------------------------------------	------

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift/Namen in Druckbuchstaben

Honorarstaffel des TMSGFF

für Dozenten, Referenten, Seminar- und Tagungsleiter, Trainer, Moderatoren etc. (Auftragnehmer)¹

Stand: 1. August 2017

Zeit ² (in Stunden)	Freiberufliche Auftragnehmer ^{3,4}		Auftragnehmer aus dem Hochschulbereich sowie vergleichbare Angehörige aus Wirtschaft und Verbänden ^{3,4}		Auftragnehmer aus öffentlicher Verwaltung und Gerichtbarkeit ^{3,4}	
	70%	100%	70%	100%	70%	100%
1	80 €	115 €	50 €	70 €	40 €	55 €
1,5	120 €	170 €	80 €	110 €	60 €	80 €
2	160 €	230 €	100 €	140 €	80 €	110 €
2,5	200 €	290 €	130 €	180 €	100 €	140 €
3	250 €	350 €	150 €	210 €	120 €	170 €
3,5	280 €	400 €	180 €	250 €	130 €	190 €
4	320 €	460 €	200 €	280 €	150 €	220 €
Halber Tag ⁵	320 €	460 €	200 €	280 €	150 €	220 €
4,5	360 €	520 €	220 €	320 €	180 €	250 €
5	410 €	580 €	250 €	350 €	200 €	280 €
5,5	440 €	630 €	270 €	390 €	210 €	300 €
6	480 €	690 €	290 €	420 €	230 €	330 €
6,5	530 €	750 €	320 €	460 €	250 €	360 €
7	570 €	810 €	340 €	490 €	270 €	390 €
Ganzer Tag ⁵	570 €	810 €	340 €	490 €	270 €	390 €

Erläuterungen:

¹ Alle genannten Beträge sind **Höchstsätze** und Bruttobeträge einschließlich aller Abgaben und Steuern. Die Erstattung von Reise- und Übernachtungskosten kann zusätzlich nach Maßgabe des Thüringer Reisekostengesetzes gewährt werden.

² Die Zeitangaben umfassen Zeitaltern einschließlich kurzer Pausen, Mittagspausen und ähnliche, größere Unterbrechungen (mehr als 30 Minuten) sind abzuziehen.

³ Die Beträge können im **Ausnahmefall** angehoben werden, wenn die besonderen Umstände des Einzelfalles (überdurchschnittlicher Aufwand, besondere Qualifizierung des Auftragnehmers u. a.) die Erhöhung rechtfertigen. Bei **Wiederholungsveranstaltungen** mindern sich die Beträge um 10%, es sei denn, die zu erbringende Leistung muss inhaltlich überarbeitet oder neu gestaltet werden.

⁴ Wenden für eine Einzelleistung (ein Vortrag, ein Seminar, eine Moderation etc.) mehrere Auftragnehmer verpflichtet, reduziert sich der **Höchstsatz pro Person** auf 70 v. H.

⁵ Bei 7 und mehr Stunden wird einheitlich ein voller Tagessatz abgerechnet. Als Satz für einen halben Tag wird der Betrag für vier Stunden abgerechnet.

Hinweis zum Subventionsbetrug § 264 StGB (Auszug)

- verbleibt beim Antragsteller -

Subventionsbetrug

- (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer
 1. einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für sich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für ihn oder den anderen vorteilhaft sind,
 2. einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwendet,
 3. den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt oder
 4. in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebraucht.
- (2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter
 1. aus grobem Eigennutz oder unter Verwendung nachgemachter oder verfälschter Belege für sich oder einen anderen eine nicht gerechtfertigte Subvention großen Ausmaßes erlangt,
 2. seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger missbraucht oder
 3. die Mithilfe eines Amtsträgers ausnutzt, der seine Befugnisse oder seine Stellung missbraucht.
- (3) § 263 Abs. 5 gilt entsprechend.
- (4) Wer in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 bis 3 leichtfertig handelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (5) Nach den Absätzen 1 und 4 wird nicht bestraft, wer freiwillig verhindert, dass auf Grund der Tat die Subvention gewährt wird. Wird die Subvention ohne Zutun des Täters nicht gewährt, so wird er straflos, wenn er sich freiwillig und ernsthaft bemüht, das Gewähren der Subvention zu verhindern.
- (6) Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr wegen einer Straftat nach den Absätzen 1 bis 3 kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, aberkennen (§ 45 Abs. 2). Gegenstände, auf die sich die Tat bezieht, können eingezogen werden; § 74a ist anzuwenden.
- (7) Subvention im Sinne dieser Vorschrift ist
 1. eine Leistung aus öffentlichen Mitteln nach Bundes- oder Landesrecht an Betriebe oder Unternehmen, die wenigstens zum Teil
 - a) ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt wird und
 - b) der Förderung der Wirtschaft dienen soll,
 2. eine Leistung aus öffentlichen Mitteln nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften, die wenigstens zum Teil ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt wird. Betrieb oder Unternehmen im Sinne des Satzes 1 Nr. 1 ist auch das öffentliche Unternehmen.
- (8) Subventionserheblich im Sinne des Absatzes 1 sind Tatsachen,
 1. die durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes von dem Subventionsgeber als subventionserheblich bezeichnet sind oder
 2. von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils gesetzlich abhängig ist.

§ 3 SubvG: Offenbarungspflicht bei der Inanspruchnahme von Subventionen

- (1) Der Subventionsnehmer ist verpflichtet, dem Subventionsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Besonders bestehende Pflichten zur Offenbarung bleiben unberührt.
- (2) Wer einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Gesetz oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwenden will, hat dies rechtzeitig vorher dem Subventionsgeber anzuzeigen.

§ 4 SubvG: Scheingeschäfte, Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten

- (1) Scheingeschäfte und Scheinhandlungen sind für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich. Wird durch ein Scheingeschäft oder eine Scheinhandlung ein anderer Sachverhalt verdeckt, so ist der verdeckte Sachverhalt für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils maßgebend.
- (2) Die Bewilligung oder Gewährung einer Subvention oder eines Subventionsvorteils ist ausgeschlossen, wenn im Zusammenhang mit einer beantragten Subvention ein Rechtsgeschäft oder eine Handlung unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen wird. Ein Missbrauch liegt vor, wenn jemand eine den gegebenen Tatsachen und Verhältnissen unangemessene Gestaltungsmöglichkeit benutzt, um eine Subvention oder einen Subventionsvorteil für sich oder einen anderen in Anspruch zu nehmen oder zu nutzen, obwohl dies dem Subventionszweck widerspricht. Dies ist namentlich dann anzunehmen, wenn die förmlichen Voraussetzungen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils in einer dem Subventionszweck widersprechenden Weise künstlich geschaffen werden.

§ 5 SubvG: Herausgabe von Subventionsvorteilen

- (1) Wer einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Gesetz oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwendet und dadurch einen Vorteil erlangt, hat diesen dem Subventionsgeber herauszugeben.
- (2) Für den Umfang der Herausgabe gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung entsprechend. Auf den Wegfall der Bereicherung kann sich der Herausgabepflichtige nicht berufen, soweit er die Verwendungsbeschränkung kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannte.
- (3) Besonders bestehende Verpflichtungen zur Herausgabe bleiben unberührt.

Anlage: Personal – Qualifikationen und Vergleich - Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
Bitte für jeden Mitarbeiter gesondert ausfüllen!

• **Angaben zu dem/ der beantragten Mitarbeiter/-in:**

Tätigkeit im beantragten Projekt:

Name, Vorname:

Geburtsdatum:

Qualifikationen:

Einstellungsdatum beim Träger

Ist der Arbeitsvertrag befristet: ja nein

In dem beantragten Projekt beschäftigt: vom bis

wöchentliche geschuldete Arbeitszeit gemäß Arbeitsvertrag: Stunden pro Woche

davon im beantragten Projekt beschäftigt: Stunden pro Woche

Kann der/die Mitarbeiter/-in gleichwertige Berufserfahrungen bei anderen Arbeitgebern vorweisen?
 ja nein

Der/die Mitarbeiter/-in wird vergütet nach:

Bemerkungen:

• **Berechnung des Jahresbruttogehaltes:**

Tatsächliches monatliches Bruttogehalt	Anzahl der Monate	Betrag in €
<i>Sofern im Jahresverlauf das monatliche Bruttogehalt abweicht (z.B. durch Tarifierhöhungen, Stufenanstieg) sind die unterschiedlichen Monatsbeträge mit der dazugehörigen Anzahl der Monate anzugeben</i>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	<input type="text"/>	<input type="text"/>

	Anzahl der Monate	Betrag in €
Vermögenswirksame Leistungen		
Sonderzahlungen		
Jahresbruttogehalt inkl. Sonderzahlungen		
Beantragtes Jahresbruttogehalt (<i>wenn abweichend vom berechneten Wert, bitte begründen</i>)		
Begründung:		

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 14 DS-GVO - keine Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen (Art. 14 Abs. 1 Buchst. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Landratsamt Nordhausen, Grimmelallee 23, 99734 Nordhausen

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Geschäftsbereich: 1. Beigeordneter
Fachbereich: Jugend, Soziales, Gesundheit
Fachgebiet: Stab Sozialplanung/Controlling sowie fachlich zuständige FG der Fachbereiche des GB 1
Kontakt: **Telefon:** 03631/911542, **Fax:** 03631/911501 **E-Mail:** soziales@lrandh.thueringen.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (Art. 14 Abs. 1 Buchst. b DS-GVO)

Postanschrift: Landratsamt Nordhausen, Datenschutzbeauftragter, Grimmelallee 23, 99734 Nordhausen
Kontakt: **Telefon:** 03631/9143125, **E-Mail:** IT-Sicherheit@lrandh.thueringen.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung (Art. 14 Abs. 1 Buchst. c DS-GVO)

- Antragsbearbeitung für Förderanträge auf Zuwendungen des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“/Landesprogramms Familie
- Prüfung der Voraussetzungen zur Erteilung von Zuwendungsbescheiden
- Verwendungsnachweisprüfung
- Kontaktdaten für Gremienarbeit
- Antragstellung und Nachweispflicht gegenüber GFAW, TMASGFF sowie weitere unter 6. Genannte Empfänger
- Vertragsabschlüsse

Die Nichtbereitstellung der Daten führt

- Im Förderverfahren zur (Teil)Ablehnung des Antrages bzw. teilweisen oder vollständigen Aufhebung des Bescheides und ggf. Rückforderung ausgezahlter Mittel
- Im Vergabeverfahren zur Nichtberücksichtigung des Angebots oder zur Kürzung der auszahlenden Mittel und ggf. zur Aufhebung des Vertrages.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung (Art. 14 Abs. 1 Buchst. c DS-GVO)

Thüringer Gesetz zur Neustrukturierung der Familienförderung und zu Änderungen bei Stiftungen
Richtlinie zum Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“

5. Kategorien der personenbezogenen Daten (Art. 14 Abs. 1 Buchst. d DS-GVO)

Von Ihnen werden folgende Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet:

Name und Vorname, Personalstammdaten, Personendaten, Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mail Adresse), Geschlecht, Qualifikation, Vorkenntnisse für die Ausübung der Tätigkeit, arbeitsvertragliche Grundlagen, Zahlungs- und Abrechnungsdaten, Angaben zur Tätigkeit

Im Antragsverfahren und im weiteren Verlauf der Maßnahme bzw. in vergabeverfahren sind verschiedene Daten der Teilnehmer bzw. Mitarbeiter erforderlich. Um welche Daten es sich konkret handelt, kann den entsprechenden Formularen (Antrag, Anlagen zum Antrag, Verwendungsnachweis, Erfolgskontrolle und ggf. Vergabe- und Abrechnungsunterlagen entnommen werden.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 14 Abs. 1 Buchst. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

- innerhalb des Verantwortlichen: Verantwortliche Mitarbeiter in FB Jugend, Soziales und Gesundheit
FB Finanzen (FG Kämmerei und FG Kasse)
- Dritte (außerhalb des Verantwortlichen): das zuständige Ministerium des Freistaates Thüringen (TMASGFF) sowie deren Beauftragte, weitere an der Finanzierung beteiligte Stellen, der Thüringer Rechnungshof (§ 91 ThürLHO), die Thüringer Aufbaubank, Evaluatoren und Forschungsinstitute, Archive, Gerichte

7. Übermittlung der personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation
(Art. 14 Abs. 1 Buchst. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt: ja nein
Die Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

- Angemessenheitsbeschluss (Art. 45 DS-GVO): _____
- geeignete Garantien (Art. 46 DS-GVO): _____

8. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer (Art. 14 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO)

- Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von: _____
- Die konkrete Speicherdauer kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht angegeben werden. Daher werden die Daten so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

9. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung (Art. 14 Abs. 2 Buchst. c DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln (Art. 20 DS-GVO).

10. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO (Art. 14 Abs. 2 Buchst. d DS-GVO)

- Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO). Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung, berührt wird.

11. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 14 Abs. 2 Buchst. e DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

12. Quelle der personenbezogenen Daten (Art. 14 Abs. 2 Buchst. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten stammen aus folgenden Quellen:

Antragsunterlagen auf Förderung incl. Anlagen

Ihre personenbezogenen Daten stammen auch aus einer öffentlich zugänglichen Quelle: ja nein

13. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 14 Abs. 2 Buchst. g DS-GVO)

1. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO: ja nein

2. Wenn unter 1. „ja“ angekreuzt wurde:

Folgende Logik liegt der automatisierten Einzelentscheidung zugrunde: _____

Die Verarbeitung hat folgende Auswirkung auf die betroffene Person (Tragweite schildern): _____

14. Weiterverarbeitung der personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck (Art. 14 Abs. 4 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erlangt wurden:

- ja nein Der andere Zweck ist: _____